

Aktuelle Debatte:

Austeritätsregime –  
Austeritätsdebatten



# Editorial

Joachim Becker

Austerität ist ein politisches Projekt der Rechten – so lautet die Kernthese von Clara E. Mattei (2022) in ihrem Buch zur Austerität in der Zwischenkriegszeit. Diese Epoche ist für sie der Beginn verschiedener Konjunkturen von Austeritätsregimen.

## Konjunkturen der Austeritätspolitik

In ihrem Buch arbeitet sie heraus, wie die Austeritätspolitik der 1920er Jahre nicht nur eine Reaktion auf die Krise, sondern auch auf die Ausweitung sozialer Rechte im Gefolge der harten politischen und sozialen Kämpfe nach dem Ersten Weltkrieg war. Die Austeritätspolitik stützte sich auf neoklassische Ökonomen, dann aber auch auf VertreterInnen des entstehenden Neo-Liberalismus. Die Austeritätspolitik wurde bereits damals sowohl im parlamentarisch-demokratischen Rahmen, also auch durch faschistische Regime – mit dem italienischen Faschismus als Avantgarde – durchgesetzt. Im Hinblick auf das „Versprechen, die Weltwirtschaft zu stabilisieren,“ war die Austeritätspolitik der frühen 1920er Jahre für Mattei (2022: 288) ein „spektakulärer Misserfolg“. Klassenpolitisch hingegen war sie erfolgreich.

Eine zweite Welle der Austerität war in Europa vielfach die Reaktion auf die Große Krise von 1929 ff. Oftmals wurde sie unter zunehmend autoritären Vorzeichen durch die politische Rechte durchgesetzt. Teils waren diese autoritären Tendenzen nur eine Übergangsphase in faschistische Herrschaft. Dies gilt auch für den österreichischen Fall. Wie Gerhard Senft (2002: 282 ff.) herausarbeitet, verfolgte das austrofaschistische Regime einen extremen finanzpolitischen „Dogmatismus“.

In den Ländern des Zentrums gab es nach dem Zweiten Weltkrieg eine längere Zeit der Paraphrase für Austeritätspolitik. Der Ruf des Kapitalismus war nach Faschismus und Zweitem Weltkrieg schwer angeschlagen. Er stand in Konkurrenz mit sozialistischen Projekten – auch dem Staatssozialismus sowjetischer Prägung. Daher war die Politik auf breitere Konsensgewinnung und soziale Kompromisse mit der ArbeiterInnenbewegung ausgelegt. In der Phase des Nachkriegswiederaufbaus waren die Wachstumsraten hoch, so dass sich auch die Verteilungsfragen weniger scharf stellten. In den Ländern der Peripherie war hingegen die Entwicklung instabiler. Immer wieder schlugen durch die ungleiche Arbeitsteilung bedingte externe Restriktionen – speziell Leistungsbilanzdefizite – durch. Dies hieß, es gab Episoden der Austerität.

Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre erschöpfte sich die fordistische Wachstumsphase der Nachkriegszeit. Gleichzeitig stellten militante Arbeitskämpfe die bestehenden Verteilungsrelationen (und manchmal auch die autoritären Fabrikregime) in Frage. In Streiks wurden in einigen europäischen Ländern hohe Realloohnerhöhungen durchgesetzt. StudentInnen gingen für sozialistische Veränderungen auf die Straße. Diese Tendenzen war nicht nur in Ländern des Zentrums, sondern teils auch in der Semi-Peripherie erkennbar. Das markanteste Beispiel war der Versuch der Unidad Popular (1970–73) in Chile, einen demokratischen Weg zum Sozialismus zu gehen.

Die Antwort war ähnlich wie in den 1920er Jahren: Austerität. In den Ländern des Cono Sur Lateinamerikas – Chile, Uruguay, Argentinien –, aber auch in der Türkei wurde Austerität durch harte rechte Militärdiktaturen durchgesetzt. In den Ländern des Cono Sur ebnete die Austerität den Weg zur Umstellung auf ein finanzialisiertes Akkumulationsregime, in der Türkei auf exportorientierte Entwicklung. Die sogenannte „Verschuldungskrise der Dritten Welt“ ab Anfang der 1980er Jahre brachte für die (Semi-)Peripherie verbreitet Austerität, ein abruptes Ende der Debatten über eine reformorientierte Neue Internationale Wirtschaftsordnung (vgl. Getachew 2022: 327 ff.) und durch Internationalen Währungsfonds und Weltbank durchgesetzten Übergang zu neoliberalen Politikmustern.

Austerität ebnete aber auch in den Zentren – beginnend mit den USA und Großbritannien – den Weg in zu neoliberalen Politikmustern (vgl. Bartel 2025: 85 ff.). In dem Maße, indem der Staatssozialismus implodierte, gewann die neoliberale Offensive in den Zentrumsländern an Schwung. Vielfach wurde hierbei Austerität institutionalisierte. In besonders krassem Ausmaß ist dies in der Europäischen Union der Fall. Mit den Maastricht-Verträgen von 1992, mit denen auch die Grundlage für die Schaffung der Währungsunion gelegt wurden, institutionalisierten die EU-Staaten ein Austeritätsregime. Die dominanten Kräfte setzten Grenzen für Budgetdefizite und Stand der Staatsschulden durch. Die Grenze wurde damals bei 3% für Budgetdefizite und 60% bei den Staatsschulden gesetzt. Das entsprach in etwa dem damaligen Ausmaß von Defiziten und Staatsschuldenständen. Eine wissenschaftliche Begründung, warum die Defizitgrenze 3% und nicht 2% oder 4,5% sein sollte, gibt es nicht. Dasselbe gilt für die 60% bei den Staatsschulden. Trotzdem wurde diese Grenze zum Fetisch. Zu den „Mysterien“ von Maastricht zählt Michel Husson (1997: 49), dass die generalisierte Sparpolitik nicht die Beschäftigung beeinträchtigen würde. Die fetischisierten Budgetregeln bewehrte die EU mit immer schärferen Sanktionen. Die Fixierung von Budgetregeln schränkt die Spielräume von Parlamenten empfindlich ein. Sie bedeutet eine Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik. Die deutsche Bundesregierung drängte innerhalb der EU besonders vehement auf die Budgetregeln, die in der Tradition des in der BRD besonders stark verankerten Ordo-Liberalismus stehen. Im deutschen Fall dienen ordo-liberale Orientierung und Institutionalisierung eines Austeritätsregimes der Absicherung eines stark exportorientierten Akkumulationsregimes. Dies gilt auch breiter für den um Deutschland gruppierten Block exportorientierter Ökonomien. In anderen Zentrumsländern flankiert Austerität hingegen eher finanzialisierte Akkumulation.

### **Austeritätsdebatten des BEIGEWUM**

Die Gründung des BEIGEWUM vor vierzig Jahren fiel in die austeritätspolitische Wende, die in Österreich etwas später als in anderen westeuropäischen Ländern erfolgte. Budgetpolitik und Austerität gehören zu den zentralen Themen des BEIGEWUM seit seiner Gründung. Auf Grundlage von Forschungen zum fiskalpolitischen Diskurs für seine Masterarbeit arbeitet *Bernad Müller* in seinem Beitrag die Interventionen des und aus dem BEIGEWUM zur Austerität auf. Besonders stark waren die Interventionen durch postkeynesianische Perspektiven geprägt. Ökologische und feministische Sichtweisen wurden nicht schon zu Beginn, sondern erst später artikuliert. Bei regulationstheoreti-

schen Analysen wurden auch die polit-ökonomischen Hintergründe der Bildung und Durchsetzung von Austeritätssnormen stärker in den Blick genommen.

Zentrale Interventionen erfolgten zu den Spielräumen für eine Fiskalpolitik jenseits der Austerität. Diese Debatten bezogen sich sowohl auf die Frage der Veränderung der EU-Normen als auch auf nationalstaatliche Spielräume. Nicht in allen Interventionen in Publikationen des BEIGEWUM wurde Austerität kritisch gesehen. Vereinzelt wurde argumentiert, es gäbe stabilisierende Elemente von Austerität.

## Die aktuelle Austeritätskonjunktur

Während der Covid-Krise wurde das Austeritätsregime vieler Orten gelockert, um ein Zerreißen der Zahlungsketten und eine Ausdünnung des Produktionsapparates zu vermeiden. Damit wurde auch Beschäftigung gesichert. In der Covid-Krise kam es zu Debatten um Arbeitsschutz, Felder essenzieller Dienste und auch die Flexibilität der Arbeitsorte. Alles Debatten, die der Kapitaleseite missfielen.

Wenig überraschend folgte nach der Covid-Krise in der EU – trotz anfänglicher Debatten um die sogenannten Stabilitätskriterien – eine erneute Austeritätsoffensive. Auf der EU-Ebene zeichnet sich ein Übergang von einer auf Dekarbonisierung setzende zu einer rüstungsorientierten, hochgradig militarisierten Industriepolitik ab. Für diese werden auch Abstriche von den fiskalischen Stabilitätskriterien gemacht.

Die schwierige Koalitionsbildung in Österreich fiel in diese doppelte Offensive für Austerität und Restauration fossiler Produktions- und Infrastrukturen. In der Koalition können die Neos als dogmatische Anhänger einer neoliberal geprägten Austeritätspolitik angesehen werden. Das entspricht auch dem engen Profil ihrer sozialen Basis unter den oberen sozialen Klassen. Im Gegensatz zu den Neos ist die Österreichische Volkspartei (ÖVP) eine Multiklassenpartei. Sie muss verschiedene gesellschaftliche Interessen austarieren. Ihr Verhältnis zur Austerität ist grundsätzlich flexibler als bei den Neos. Derzeit ist die ÖVP durch einen offenen innerparteilichen Konflikt zwischen den ParteigängerInnen des Großkapitals, die der Industriellenvereinigung nahestehen und mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) liebäugeln, und den VertreterInnen des Mittel- und Kleinkapitals, die in der Wirtschaftskammer organisiert sind, geprägt. Diese unterschiedlichen Kapitalfraktionen tragen einen offenen Konflikt über die Sozialpartnerschaft aus, sind sich allerdings in der Ablehnung höherer Steuern einig. Höhere Steuern könnten nämlich eine stärkere Progression der Einkommenssteuer, höhere Unternehmenssteuern, höhere und neue Vermögenssteuern wie auch eine höhere Besteuerung von ökologisch besonders schädlichem Luxuskonsum (beispielsweise die Besteuerung von Autos mit hohem Energieverbrauch) bedeuten. Ihnen geht es mithin vor allem darum zu verhindern, dass es zu progressiverer Besteuerung – auch im Kontext von Austerität – kommt. Die Positionierung gegen (progressive) Steuererhöhungen haben ÖVP und Neos gemeinsam, auch wenn es bei der ÖVP in der Frage der Grundsteuer auch anderslautende Positionierungen von ÖVP-GemeindevertreterInnen gibt.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ist ebenfalls eine Multiklassenpartei – im Gegensatz zur ÖVP mit starker Verankerung in den Gewerkschaften. Sie ist austeritätsskeptischer als die Rechtsparteien, in der Regierung jedoch in einer schwierigen Minderheitsposition. Der sozialdemokratische Finanzminister, Markus Marter-

bauer, bemüht sich in diesem Kontext um einnahmeseitige Maßnahmen, die unter anderem auf die Schließung von Steuerschlupflöchern gerichtet sind. Auch gegen besonders regressive Maßnahmen, wie eine Flat Tax auf Erwerbseinkommen von PensionistInnen, hat sich die Sozialdemokratie verwehrt.

*Jeremiah Nollenberger* und *Miriam Frauenlob* gehen in ihrem Beitrag den Multiplikatoreffekten des aktuellen österreichischen Austeritätsprogramms, das sich aus dieser politischen Konstellation ergibt, nach. Sie stützen sich dabei auf die Metastudie von Gechert und Rannenbergl. Diese Studie zeigt anhand der Auswertung früherer Austeritätsprogramme auf, dass die Multiplikatorwirkungen bei öffentlichen Investitionen und Transferzahlungen besonders stark sind. Die Kürzungen bei Transferzahlungen sind beim aktuellen Austeritätsprogramm der österreichischen Bundesregierung besonders stark. Bei einer einfachen Umlegung der Studie von Gechert und Rannenbergl würde sich ein negativer Multiplikatoreffekt von 1,6 für 2025 und 1,3 für 2026 ergeben. Bei Einberechnung der relativ starken Außenorientierung der österreichischen Ökonomie ergäben sich immer noch Multiplikatoren von 0,9 für 2025 und 0,8 für 2026. Diese Zahlen liegen höher als bei den Berechnungen des Fiskalrates bzw. des Wifo.

Nollenberger und Frauenlob weisen auch daraufhin, dass die Wirkungen der Kürzungen nicht allein kurzfristig konjunktureller Natur sind, sondern auch Struktureffekte auftreten. Diese würden sich besonders stark auf eine ökologisch orientierte Transformation beziehen. Das beträfe sowohl die Transformation der Produktionsstrukturen als auch der Infrastrukturen. Bei der Produktionsstruktur ist eine Fortschreibung des Status quo nicht allein aus ökologischen Gründen nicht möglich, auch die neo-merkantilistische, exportorientierte Strategie ist aus geo-politischen Gründen nicht fortsetzbar. Eine stärkere Binnenorientierung ist – sowohl auf EU-Ebene als auch österreichischer Ebene – angezeigt. Dafür wäre eine Stabilisierung der Massennachfrage erforderlich. Bei den Infrastrukturen ist zudem zu berücksichtigen, dass sie nicht für die Abbremsung der Klimaerhitzung erforderlich wären, sondern auch für die Anpassung an den Klimawandel (Dürren, Überschwemmungen etc.). Österreich gehört in Europa zu den schon jetzt am stärksten durch Klimaschäden betroffenen Ländern. Gemessen an den Pro-Kopf-Schäden liegt es in Europa an fünfter Stelle (Schnetzler 2025/2026: 8)

Der diskursive Rahmen ist durch den Glaubenssatz der Unvermeidlichkeit der Austerität geprägt. Die Rechtsparteien haben zudem die Frage Austeritätspolitik mit sozialen Akzenten – also einer stärkeren Belastung von Kapital und oberer Mittelklasse – tabuisiert. Stattdessen ethnisieren vor allem FPÖ und ÖVP die Verteilungsfrage. Sie drehen diese von einer Oben-Unten-Frage im Wesentlichen auf eine Innen-Außen-Frage. Daneben versuchen sie verschiedene Gruppen der Mittelklassen und populären Klassen gegeneinander auszuspielen. Die Rechtsparteien fokussieren die Kürzungsdebatte bei Sozialleistungen vor allem auf Flüchtlinge, MigrantInnen, Arme. Von Austeritätspolitik und einer ethnisierten Verteilungsdebatte profitiert primär die FPÖ. Diese vermag Einstellungen eines wohlfahrtschauvinistischen Rassismus, der durch Austeritätsdogma und ethnisierte Verteilungsfrage stimuliert wird, zu ihren Gunsten zu mobilisieren. Elektoral ist die FPÖ absehbare Gewinnerin der Austeritätspolitik – dies entspricht auch den Mustern in anderen europäischen Ländern, die ein elektorales Wachstum nationalistischer Rechtsparteien in einem stark durch Austerität gekennzeichneten Kontext erkennen lassen (Bieling 2021: 220 f.). Dies ist durchaus Paradox. Wendet doch die FPÖ selbst eine harte Austeritätspolitik an, wie dies aktuell in der

Praxis der von ihr geführten Landesregierung in der Steiermark deutlich wird (vgl. Pölsler 2025). Besonders betroffen sind unter anderem MigrantInnen und SozialhilfebezieherInnen.

## Notwendigkeit der Alternativen

In manchen europäischen Ländern, wie dem benachbarten Deutschland, treten die Folgen jahrzehntelanger Austerität im Infrastrukturbereich – vernachlässigte und überalterte Bahninfrastruktur, heruntergekommene Schulen, gesperrte Autobahnbrücken – offen zu Tage. Sie werden dort auch bereits zum Problem für die Kapitalakkumulation und für das Alltagsleben. Dadurch hat sich die deutsche Debatte bereits etwas verschoben. Ein erster Schritt zur Öffnung des Austeritätsregimes müsste an der Frage der Investitionen ansetzen. Hier sollte es Ausnahmeregelungen von Budgetregeln geben – und zwar für den zivilen Bereich. Das wäre ein konkreter Anfang zum Aufbrechen des Austeritätsdiskurses und der Austeritätspraxis.

## Literatur

- Bartel, Fritz (2025): Gebrochene Versprechen. Das Ende des Kalten Krieges und der Aufstieg des Neoliberalismus. Hamburg
- Bieling, Hans-Jürgen (2021): Austerity-induced populism: the rise and transformation of the new right. In: McBride, Stephen/Evans, Bryan/Plehwe, Dieter (Hg.): *The Changing Politics and Policy of Austerity*. Bristol, 218–229
- Getachew, Adam (2022): *Die Welt nach den Imperien. Aufstieg und Niedergang der postkolonialen Selbstbestimmung*. Berlin
- Hudson, Michel (1997, erw. Aufl.): *Les mystères de Maastricht*. In: *Appel des économistes pour sortir de la pensée unique: La monnaie unique en débat. Nouvelles perspectives*. Paris
- Mattei, Clara E. (2022): *The Capital Order. How Economists Invented Austerity and Paved the Way To Fascism*. Chicago/London
- Pölsler, Gerlinde (2025): Hart auf hart. In: *Falter*, 10. Dezember, 11–13
- Schnetzler, Matthias (2025/26): Rendezvous mit der Realität. In: *Tagebuch*, Nr. 1, 8–9
- Senft, Gerhard (2002): *Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938*. Wien